

UDKAST

Entschließungsantrag des SSW-Hauptausschusses am 8. Mai 2019 zu TOP 2

Flensburg, 08.05.2019

Landesverband

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

Wahlaussagen des SSW zu den Europawahlen am 26.5.2019:

Der SSW will ein soziales, solidarisches und umweltbewusstes Europa der Nationen, Minderheiten und Regionen.

Der SSW-Hauptausschuss beschließt:

Traditionell wird der SSW für **keine Partei eine Wahlempfehlung** zu den Europawahlen aussprechen. Der SSW-Hauptausschuss fordert dennoch alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein dazu auf, an der Europawahl 2019 am 26.05.2019 teilzunehmen und ihr **demokratisches Wahlrecht** auszuüben.

Der SSW-Hauptausschuss empfiehlt den Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein, bei ihrer Stimmabgabe sich an Parteien sowie Kandidatinnen und Kandidaten zu orientieren, die sich für die **Rechte der vielen Minderheiten und Volksgruppen** in Europa einsetzen werden und sich zu einem **sozialen, solidarischen und umweltbewussten Europa bekennen** sowie sich unter anderem für folgende Ziele und Forderungen des SSW einsetzen werden:

1. Wir wollen ein **Europa der Nationen und Regionen**, in dem europäische Entscheidungen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Das, was vor Ort und in den nationalen und regionalen Parlamenten selbst geregelt werden kann, muss auch dort selbstbestimmt entschieden werden können.
2. Wir wollen ein **solidarisches Europa** in dem z.B. die Flüchtlinge gerecht auf alle Länder verteilt werden und das weltweit für eine aktive Friedenspolitik steht.
3. Wir wollen ein **umweltbewusstes Europa, das den Klimawandel endlich ernst nimmt** und die Ressourcenverschwendung, durch nachhaltiges Wirtschaften, wirksam bekämpft. Dazu gehört, dass man zu 100 Prozent auf Erneuerbare Energien setzt und den Abschied von den fossilen Brennstoffen und der Atomenergie unwiderruflich vorantreibt.
4. Wir wollen, dass die neue EU-Kommission einen **Kommissar für Minderheitenfragen** ernennt, der die Rechte der Minderheiten und Volksgruppen in Europa vertreten soll.
5. Wir wollen, dass die neue EU-Kommission die Forderungen der europäischen Bürgerinitiative **Minority Safepack** zum Schutz der nationalen Minderheiten umsetzt.

6. Wir wollen, dass der **Ausschuss der Regionen** auch mit Vertretern und Vertreterinnen der **nationalen Minderheiten und Volksgruppen besetzt wird**.
7. Wir wollen eine **Stärkung der politischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger** in Europa z.B. in dem die bürokratischen Hürden für europäische Bürgerinitiativen reduziert werden durch Vereinfachung der Verfahren und ein geringeres Quorum.
8. Wir wollen, dass die **Interreg-Förderung auch nach 2020 unverändert fortgesetzt** wird damit u.a. das deutsch-dänische Grenzland weiterhin davon profitieren kann.
9. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, dass die Konflikte über die **Selbstständigkeitsforderungen** einiger Volksgruppen z.B. in Katalonien und Schottland politisch gelöst werden.
10. Wir wollen ein **soziales Europa**, in dem Mindeststandards für Löhne und soziale Leistungen gelten, damit wir Lohndumping und Wettbewerbsverzerrungen auf Kosten der heimischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vermeiden.
11. Wir lehnen **Parteien entschieden ab** die minderheitenfeindliche, nationalistische, rechts- und linksextremistische, rassistische, antisemitische oder homophobe Forderungen erheben oder solche Tendenzen in ihren Parteien dulden.

Begründung:

Die durch die Flüchtlings- und Finanzkrise verursachte steigende Ausländerfeindlichkeit, der anwachsende Rechtsextremismus, der verstärkte Antisemitismus, der Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien oder die nationalistischen Tendenzen in vielen europäischen Ländern hat auch die Situation vieler europäischen Minderheiten und regionaler Volksgruppen zunehmend verschlechtert. Die Diskrimination dieser Minderheiten oder die Kriminalisierung einiger Selbstständigkeit-Bewegungen sind kein gutes Zeichen für die Zukunft der Europäischen Union. Die Wahlen zum Europaparlament sind daher in 2019 besonders wichtig. Sie dürfen nicht von den nationalistischen und extremistischen Parteien für ihre Zwecke missbraucht werden. Der SSW tritt für ein soziales und solidarisches Europa der Nationen, Minderheiten und Regionen ein.

Europa ist Heimat zahlreicher Volksgruppen und Minderheiten. Jeder siebte Bürger und jede siebte Bürgerin gehören einer Volksgruppe oder Minderheit an. Die kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für Europa. Sie initiiert Völkerverständigung und Identitätsbildung, und sie öffnet den Weg für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die EU braucht daher eine europäische Minderheitenpolitik, die Anerkennung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichert. Deshalb muss die Zuständigkeit für Minderheiten auf Entscheidungsebene in der EU fest verankert werden.

Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen sowie die Kopenhagener Kriterien bilden den Rahmen für eine fortschrittliche europäische Minderheitenpolitik. Ziel muss es sein, innerhalb dieses Rahmens die Rechte der Minderheiten konsequent abzusichern. Denn europäische Minderheitenpolitik ist auch Friedenspolitik.

Die Europäische Union ist eine unentbehrliche Säule der europäischen Nachkriegsgeschichte. Der in ihr wiederholt ausgedrückte Wille zur politischen und zivilen Zusammenarbeit und dessen weitreichende Umsetzung hat den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in den vergangenen Jahrzehnten ein bisher ungekanntes Leben in Frieden ermöglicht. Neben

Frieden sind demokratische, soziale und kulturelle Werte eine wesentliche Voraussetzung, um eine gesellschaftliche und soziale Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Gerade wenn es aber um diese Werte geht, offenbaren sich Defizite im Wertekanon und in den grundlegenden Mechanismen der EU-Institutionen und ihrer Hierarchie. Immer wieder hat sich die EU leider vor allem als rein regulierendes und technisiertes Konstrukt erwiesen, in dem soziale und kulturelle Ziele zwar benannt werden, die Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten oder die eigene EU-Verwaltung aber nicht gesichert wird. Ohne gemeinsame demokratische, soziale sowie kulturelle Werte verkommt die EU jedoch zu einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft. Dies lehnen wir ab.

Eine demokratische und lebendige EU muss vor allem als soziale, kulturfördernde und verantwortungsvolle Gemeinschaft gelebt werden. Grundvoraussetzung hierfür ist die uneingeschränkte demokratische Beteiligung aller. Der SSW will eine EU, die in allen Bereichen demokratisch legitimiert und kontrollierbar ist. Dabei muss sowohl die geografische als auch die demokratische Distanz so kurz wie möglich gehalten werden, um jedem einzelnen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen.

Den direkten EU-Volksvertreterinnen und -vertretern, und damit den Bürgerinnen und Bürgern Europas, müssen mehr Rechte und Einflussnahme gegenüber der EU-Kommission und dem Ministerrat gesichert werden. Der SSW lehnt es hingegen ab, dass ohne Not Entscheidungskompetenzen von den nationalen Parlamenten an die EU-Institutionen abgegeben werden. Europäischen Zentralismus an Stelle von staatlicher und regionaler Selbstbestimmung darf es nur geben, wo dies auch wirklich sinnvoll ist.

Europa leben heißt regionale Vielfalt auf engem Raum erleben. Eine erfolgreiche und nachhaltige Sicherung von Frieden und Demokratie in Europa kann nur erreicht werden, wenn diese Vielfalt respektiert und auch gefördert wird. Hierbei sind alle Kulturen, Sprachräume, Religionen usw. gleich zu behandeln. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe darf nicht die persönliche demokratische Partizipation oder die persönlichen Freiheitsrechte innerhalb der Europäischen Union einschränken. Es gilt, das Prinzip der Diversität nicht zu gefährden, auf dem die Union bisher so erfolgreich aufgebaut wurde.

Wichtig sind hierbei die demokratische Emanzipation der Regionen Europas sowie die Zusammenarbeit der Regionen untereinander. Der Ausschuss der Regionen muss innerhalb der EU-Institutionen weiter gestärkt werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der nationalen Minderheiten sollten dabei einen Sitz im Ausschuss bekommen. Das Subsidiaritätsprinzip, d.h., europäische Entscheidungen so nah wie möglich an der Bürgerin und am Bürger zu treffen, hat den Vorteil einer direkteren demokratischen Beteiligung unter Bewahrung der kulturellen Vielfalt und einer erfolgreichen regionalen Wirtschafts- und Europapolitik.

Flemming Meyer
SSW-Landesvorsitzender